

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.06.2008

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:30 Uhr

Anwesenheit:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Frau Nagel
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter für Herrn Koehn
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertretung durch Frau Haupt
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertretung durch Herrn Krause

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 20.05.2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Vorlagen
 - 5.1. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2008/07184
 - 5.2. Jahresabschluss 2007 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2008/07098
 - 5.3. Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH
Vorlage: IV/2008/07206
 - 5.4. Jahresrechnung 2006 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2008/07097
 - 5.5. Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: IV/2006/06046
 - 5.6. Baubeschluss Umgestaltung Zentraler Omnibusbahnhof Ernst-Kamieth-Platz, Projektteile Hochbauliche Anlagen und Verkehrsanlagen
Vorlage: IV/2008/07045
 - 5.7. Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06984
 - 5.8. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben Demonstrator Mitteldeutschland "MOSAIQUE" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07251
 - 5.9. Gebührenordnung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" ab dem Schuljahr 2008/2009
Vorlage: IV/2008/07220
 - 5.10. Gründung der "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"
Vorlage: IV/2008/07224
 - 5.11. zurückgezogen
 - 5.12. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/07 Kulturinsel Halle
Vorlage: IV/2008/07225
 - 5.13. Wirtschaftsplan 2008/2009 für den Zeitraum vom 01.08.2008 bis zum 31.07.2009 für die Kulturinsel - Vorlage: IV/2008/07228

5.14. Eckwerte für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: IV/2008/07283

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Stadträten
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am
20.05.2008**

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 20.05.2008 wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses am 20.05.2008 wurden keine abschließenden nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 Vorlagen

**zu 5.1 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2008/07184**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Frau Weiß, Herr Krause, Herr Schramm, Herr Geier und Herr Meyer-Mertel.

Die Mitglieder des Ausschusses betonten, dass bei der angespannten Haushaltslage der Stadt einheitliche Regelungen getroffen werden sollten, dass positive Jahresergebnisse sowohl den Gesellschaften als auch der Stadt zugute kommen. Dies solle besonders auf Gesellschaften oder Beteiligungen zutreffen, die durch öffentliche Mittel finanziert werden.

Herr Meyer-Mertel führte aus, dass die Übertragung des Jahresüberschusses auf neue Rechnung ein übliches betriebswirtschaftliches Verfahren sein. Dies sei ein Beitrag zur Sicherung der Liquidität.

(17:40 Uhr - Herr Dr. Schmidt und Herr Wolter kamen in die Sitzung.)

Herr Geier bestätigte, dass er die Anregung aufnehme und mit der BMA besprechen werde. Auch er halte es für richtig, dass beide Partner zu je 50 Prozent von den positiven Ergebnissen profitieren. Diese Überlegung könne jedoch nur für positive Abschlüsse zutreffen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung der Oberbürgermeisterin in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 14.04.2008:

1. Die Gesellschafter beschließen die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 mit einer Bilanzsumme von Euro 339.042,64 und einem Jahresüberschuss von Euro 19.859,84.
2. Die Gesellschafter beschließen, den Jahresüberschuss aus 2007 in Höhe von Euro 19.859,84 auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Die Gesellschafter beschließen die Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007.

**zu 5.2 Jahresabschluss 2007 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2008/07098**

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Frau Weiß, Herr Wolter.

Herr Kreisel beantwortete die Fragen der Mitglieder des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu und entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2007.

Der durch die Betriebsleitung aufgestellte Jahresabschluss weist zum 01.01.2007 eine Bilanzsumme von EURO 28,6 Mio. und zum 31.12.2007 eine Bilanzsumme von EURO 34,7 Mio. aus. Damit ergibt sich für den Berichtszeitraum 2007 ein positives Delta von EURO 6,1 Mio.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen positiven Wert von EURO 21,5 Tsd. aus.

Der Betriebsausschuss und die Betriebsleitung beantragen gegenüber dem Stadtrat folgende Gewinnverwendung:

Der Jahresüberschuss von 21.475,34 EURO wird mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 10.184,86 EURO verrechnet und der verbleibende Betrag in Höhe von 11.290,48 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Finanzielle Auswirkung:

keine

**zu 5.3 Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH
Vorlage: IV/2008/07206**

Frau Weiß übernahm die Sitzungsleitung von Herrn Dr. Meerheim. Dieser beteiligte sich nicht an der Diskussion und Abstimmung des Tagesordnungspunktes.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Frau Weiß, Herr Weiland, Herr Misch, Herr Dr. Marquardt und Herr Zwakhoven.

Die Mitglieder des Ausschusses kritisierten, dass die finanziellen Auswirkungen des Beschlusses in der Vorlage nicht dargestellt seien.

Herr Dr. Marquardt informierte, dass der Jugendhilfeausschuss aus fachlicher Sicht zugestimmt habe. Es gebe aus seiner Sicht keine andere Alternative, als das Gebäude nach Leerzug zu vermarkten. Herr Zwakhoven ergänzte, dass es einen Grundsatzbeschluss des Stadtrates zu den Konditionen der Erbpachtverträge mit freien Trägern gebe.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

(Herr Dr. Meerheim nahm nicht an der Beratung und Abstimmung des Tagesordnungspunktes teil.)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Übertragung der Kindertageseinrichtung Schafschwingelweg 13 an die SKV Kita gGmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt, als Ersatzobjekt für den Fischerring 23a/b.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. Juli 2008 - öffentlicher Teil

Für das Objekt Fischerring23 a/b, KITA „Sonnenland“, besteht daraufhin kein weiterer Bedarf zur Nutzung als Kindertageseinrichtung. Das Objekt fällt von der SKV Kita gGmbH an die Stadt zurück.

Herr Dr. Meerheim übernahm wieder die Sitzungsleitung.

**zu 5.4 Jahresrechnung 2006 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2008/07097**

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1.
Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 wird gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen.
2.
Der Oberbürgermeisterin wird für das Haushaltsjahr 2006 gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.

**zu 5.5 Betriebsführung, Instandhaltung (Wartung und Instandsetzung) und
Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale)
befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen
Vorlage: IV/2006/06046**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Misch, Herr Dr. Fuchs, Herr Schramm, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Frau Weiß, Herr Geier, Herr Heinz und Herr Rechtsanwalt Schlack (Becker / Büttner / Held).

Einige Mitglieder des Ausschusses kritisierten, dass trotz Bekanntheit des auslaufenden Vertrages zu spät mit der termingerechten Ausschreibung der Leitung begonnen wurde. Weiterhin wurde gebeten zu beachten, dass der Klimaschutz nicht vergessen werde und die Leuchten auf den energetisch modernsten Stand der Technik gebracht werden.

Auf Nachfrage wurde von Herrn Schwarzenberger (Ingenieurbüro) informiert, dass die Dichte der Lichtpunkte anhand der Einwohner gemessen wird. Eine Anpassung sei verhandelbar.

(17:00 Uhr - Herr Bönisch kam in die Sitzung.)

Bezüglich des Interesses der EVH GmbH wurden keine Aussagen getroffen. Es sei ein offenes neutrales Vergabeverfahren.

Herr Rechtsanwalt Schlack informierte über die Verfahren in Lüneburg und Köthen. Es wurde ein Konzeptwettbewerb durchgeführt und ein Energiecontracting organisiert. Erst bei Eingang und Prüfung der Gebote können die Vorteile gegeneinander abgewogen werden. Zu den haushaltswirksamen Erfolgen können keine konkreten Aussagen getroffen werden. Es sei jedoch üblich, dass bei Neuvergaben die Kosten sinken. Zu bedenken gab er, dass die Strompreise tendenziell steigen und somit ein Ergebnis +/- positiv sei.

Bezüglich der Beratungskosten (120 T€) wurde ausgeführt, dass diese separat im Vergabe- und Bauausschuss beraten werden. Wichtig sei die Begleitung und Auswertung des Vergabeverfahrens. Bis zum Abschluss dessen arbeitet die EVH zu unveränderten Bedingungen weiter. Ein Wettbewerb wurde ausgeschrieben, um den Dienstleistern Anreize zu geben, neue Kriterien zu beachten. Bezüglich des Vorschlages von Herrn Misch, einen Teil des Beratervertrages fix und den Rest erfolgsorientiert zu vergüten, führte Herr Heinz aus, dass die Erfolgskriterien sehr schwer messbar seien.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, die Erbringung folgender Leistungen des Betriebs der öffentlichen Beleuchtung in der Stadt Halle ab 01.07.2009 für 10 bis 20 Jahre unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorgelagertem Teilnahmewettbewerb europaweit auszuschreiben:
 - a) die Betriebsführung, die Instandhaltung (Wartung, Instandsetzung)
 - b) Ersatz und Optimierung unwirtschaftlicher Beleuchtungsanlagen (Erneuerung, Neubau)
 - c) optional die Stromlieferung für die öffentliche Beleuchtung.
2. Nebenangebote werden zugelassen, insbesondere Kooperationsmodelle bis hin zu (Teil-) Erwerbsmodellen.
3. Der Stadtrat stimmt einer Verlängerung des Geschäftsbesorgungsvertrages Straßenbeleuchtung mit der Energieversorgung Halle GmbH vom 01.01.1994 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 27.09.2005 bis zum Abschluss des Verhandlungsverfahrens und in Kraft treten des neuen Vertrages zur Betriebsführung zu. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle hierfür erforderlichen Schritte zu veranlassen.
4. Der Stadtrat stimmt ferner einer Verlängerung des Rahmenvertrages zwischen der Stadt Halle und der Energieversorgung Halle GmbH vom 30.12.1999 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 22.11.2007 bis zum Abschluss des Verhandlungsverfahrens und in Kraft treten des neuen Vertrages zur Betriebsführung zu. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, eine für die Stadt Halle wirtschaftlich auskömmliche Preisregelung mit der Energieversorgung Halle GmbH zu verhandeln sowie alle für eine Verlängerung der in Satz 1 genannten Vereinbarung erforderlichen Schritte zu veranlassen.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.6700.675000 - 2.819.400,00 EUR

zu 5.6 Baubeschluss Umgestaltung Zentraler Omnibusbahnhof Ernst-Kamieth-Platz, Projektteile Hochbauliche Anlagen und Verkehrsanlagen
Vorlage: IV/2008/07045

An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Dr. Schmidt und Herr Heinz.

Die Mitglieder des Ausschusses baten darum, generell alle aufgeführten Haushaltsstellen auch verbal zu benennen.

Die für die Stadt Halle (Saale) gegenüber dem Saalekreis ungünstige Verteilung der Kosten wurde von den Stadträten bemängelt. Die Vertreter der Stadt wiesen auf die Funktion des Areals als zentrales Stadteingangstor hin.

Ein Mitglied wies darauf hin, dass dies ein Beispiel sei, was die Stadt Halle (Saale) für sein Umland leistet.

Auf Nachfrage von Herrn Krause führte Herr Heinz aus, dass die Regelung in Punkt 3 des Beschlussvorschlages auf das Gesamtbudget bezogen sei. In jüngerer Vergangenheit bewegten sich die Preise im festgelegten Rahmen. Die Stadt brauche diese Regelung für die notwendige Flexibilität. Herr Heinz sagte zu, bei Abweichungen oder Problemen so früh wie möglich die zuständigen Gremien des Stadtrates zu informieren. Bei vergangenen Projekten sei es kein Problem gewesen, auch die Förderfähigkeit der Mehrkosten nachzuweisen. Diese wurden auch anerkannt und gefördert. Ein Rechtsanspruch bestehe jedoch nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Zentralen Omnibusbahnhof Ernst-Kamieth-Platz, Projektteil „Verkehrsanlagen“ und Projektteil „Hochbauliche Anlagen“ (Modul 1 Unterstände Linienbusse, Modul 2 Lichtdach Hauptlaufzone, Modul 3 Membran-Dach, Modul 4 Wartepunkt) weiter zu planen und zu bauen.
2. Der Stadtrat beschließt die über-/außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 1.927.800 EUR in den Finanzpositionen 2.6300.950000.034, 2.6300.959000.034 und 2.6300.941000034.
Die Deckung erfolgt über die Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung in der Finanzposition 2.6300.950000.043 in Höhe von 1.927.800 EUR.
3. Bei einer absehbaren Kostenerhöhung von über 10 % ist unverzüglich ein modifizierter Beschluss einzuholen.

Finanzielle Auswirkung:

Vermögenshaushalt:

Ausgaben:

Hochbau: 2.6300.941000.034 - 1.550.800,00 €

Tiefbau:	2.6300.950000.034 -	2.074.200,00 €
Planung:	2.6300.959000.034 -	598.200,00 €
Summe:		4.223.200,00 €

Einnahmen:

Zuschüsse v. öffentl.-wirtsch. Untern.	2.6300.366000.034 -	3.326.400,00 €
Eigenanteil nach § 8 Abs. 3 ÖPNVG LSA	2.7920.361000.002	806.800,00 €
Zuschuss Landkreis Saalekreis	2.7920.362000.002 -	90.000,00 €
Summe:		4.223.200,00 €

über-/außerplanmäßige VE:

<u>Haushaltsstelle:</u>	<u>Plan 2008</u>	<u>apl./üpl.</u>	<u>VE-Neu 2008</u>
2.6300.950000.034	1.140.100	281.300	1.421.400
2.6300.959000.034	70.000	95.700	165.700
2.6300.941000.034	0	1.550.800	1.550.800

Deckung

2.6300.950000.043	1.927.800	0	0
-------------------	-----------	---	---

**zu 5.7 Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06984**

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch und Frau Weiß.

Auf die Regelung des § 44 Rechtsstellung und Aufgaben des Gemeinderates der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt wurde speziell hingewiesen. In diesem heißt es unter (3) Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Gemeinderat nicht übertragen:

1. ...
2. ...
5. die Stellungnahme zum Prüfungsergebnis der überörtlichen Prüfung sowie eine ...

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Landesrechnungshofes über die vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale) wird zugestimmt.

**zu 5.8 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben Demonstrator Mitteldeutschland "MOSAIQUE" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07251**

Auf Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Heinz aus, dass die Laufzeit für dieses Vorhaben verlängert wurde, da das Land dieses aufgrund des großen Interesses (Messstellen, Verkehrsdichte, Geschwindigkeit) auch im Jahr 2009 fördere.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Demonstrator Mitteldeutschland „MOSAIQUE“, Haushaltsstelle 2.6300.935810-007, Hardware, in Höhe von 105.100 EUR. Die Deckung erfolgt aus Gemeindestraßen, Demonstrator Mitteldeutschland „MOSAIQUE“, Zuweisungen vom Land, Haushaltsstelle 2.6300.361000-007, in Höhe von 94.500 EUR, sowie aus Gemeindestraßen, Jahresansätze, Tiefbau, Haushaltsstelle 2.6300.950000-002, in Höhe von 1.000 EUR und Gemeindestraßen, Wegweisung, Tiefbau, Haushaltsstelle 2.6300.950000-062, in Höhe von 9.600 EUR.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle:	VermHH :	2.6300.935810-007	105.100 EUR
	Deckung:	2.6300.361000-007	94.500 EUR
		2.6300.950000-002	1.000 EUR
		2.6300.950000-062	9.600 EUR

**zu 5.9 Gebührenordnung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" ab dem Schuljahr 2008/2009
Vorlage: IV/2008/07220**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Frau Wolff, Herr Dr. Schmidt, Herr Misch, Herr Schramm, Herr Dr. Marquardt und Herr Effner-Jonigkeit.

Die ausführliche Diskussion rankte sich um die politische Frage der Entbürokratisierung sowie über die explizite Förderung von Menschen mit einer Schwerbehinderung. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Regelungen bezüglich des Halle-Passes auf die Einkommensverhältnisse abgestellt, andere Ermäßigungstatbestände, z. B. die Geschwisterermäßigung, personenbezogen seien.

Aufgrund des Sachverhaltes kann unterstellt werden, dass die Stellungnahme des Behindertenbeauftragten positiv zugunsten der Vorlage ausfallen würde.

Herr Dr. Marquardt bestätigte, dass eine Doppelförderung ausgeschlossen werden könne.

Die Mitglieder wiesen darauf hin, dass die Abstufungen der Behindertengrade gesetzlich geregelt und definiert seien. Die Förderung soll für Menschen mit Behinderungen **ab** dem Grad der Schwerbehinderung zutreffen.

Bezüglich der Nachfragen zur Kompensation der finanziellen Auswirkungen durch die Einsparungen im UA 1.4130 Soziale Sicherung - Hilfen zur Gesundheit wird wie zugesagt an dieser Stelle nachgereicht, dass diese Deckung angeboten werden konnte, da die Kosten in dieser Haushaltsstelle aufgrund der beschlossenen Gesundheitsreform bezüglich des Rechtsanspruches jedes Bürgers auf eine Krankenversicherung nicht in der ursprünglich geplanten Höhe anfallen werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Änderungen der Gebührenordnung zur Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium „G. F. Händel“ zum Schuljahr 2008/2009 (Stichtag 01.08.2008).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH: 1.3330.1100

Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 2008:

8.440 € durch Geschwister- und Zweifächerermäßigung, Schwerbehindertenermäßigung

Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 2009:

19.968 € durch Geschwister- und Zweifächerermäßigung, Schwerbehindertenermäßigung

103.000 € durch Nichteinführung der zweiten Stufe der Gebührenerhöhung ab 01.01.2009

122.968 € (2009: 103 T€, 2010: 103 T€)

Kompensation erfolgt geschäftsintern als Einsparung im UA 1.4130 „Soziale Sicherung – Hilfen zur Gesundheit“.

**zu 5.10 Gründung der "Theater, Oper und Orchester GmbH Halle"
Vorlage: IV/2008/07224**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Misch, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Dr. Marquardt, Herr Lork, Herr Stiska, Herr Geier, Frau Hock.

Auf die Fragen der Mitglieder des Ausschusses antworteten die verschiedenen Vertreter der Verwaltung u. a.: Für die angegebenen finanziellen Mittel in der Vorlage seien die letzten Untersuchungen die Grundlage. Die Konsolidierungsziele seien der Einrichtung bekannt. Eine genaue Untersetzung wird voraussichtlich im Herbst vorgelegt werden. Bezüglich der Kosten für die Theaterwerkstätten werde zukünftig verstärkt darauf geachtet, dass die Aufträge der städtischen Kultureinrichtungen nach innen an die städtischen Werkstätten vergeben werden, weil sie vorgehalten werden. Bezüglich der Personalkosten wurde hingewiesen, dass auch die Kernverwaltung die Kosten für die Tarifierhöhung kompensieren

müsse. Die Bezeichnung gGmbH dürfe nicht mehr geführt werden, auch wenn die GmbH gemeinnützig handelt. Die Kommunalaufsicht habe zum gleichen Zeitpunkt wie der Stadtrat die Unterlagen zur Prüfung übergeben bekommen. Die Frage der Steuern bzgl. der Gemeinnützigkeit konnte noch nicht abschließend geklärt werden. Die Theater und Konzerte seien grundsätzlich von der Umsatzsteuer befreit. Die Gründung einer Vorgesellschaft sei notwendig, da zum 1.1.2009 noch keine uneingeschränkte Kaufmannseigenschaft der GmbH bestehe. Die Rolle von Herrn Stiska bestehe zurzeit darin, die Gründung federführend zu begleiten. Seine Regelungsmöglichkeiten wurden festgeschrieben. Er unterliege einer Vertraulichkeitspflicht. Die betreffenden Häuser seien eng in den Prozess der Gründung der GmbH einbezogen. Die Zusammenarbeit sei nicht problemfrei. Die Möglichkeit der Benennung mehrerer Geschäftsführer wurde gewählt, um Mitgesellschafter anwerben zu können. Dies sei lt. Vertrag theoretisch möglich. Außerdem sei die zukünftige Kultur GmbH eine der größten Gesellschaften der Stadt Halle (Saale), bei der aufgrund dieser Größe mehr als ein Geschäftsführer gerechtfertigt wäre.

Herr Bönisch stellte folgende **Anträge**:

Begrenzung der Anzahl der Geschäftsführer auf einen.

Abstimmung zu Antrag:

4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Der Vertreter der Gesellschafterin - die Stadträte sind auch Vertreter der Gesellschafterin -
Einfügung des Wortes und (§ 9 Absatz 1).

Abstimmung zum Antrag:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Prüfungsberechtigung auch für den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt (§ 14 Abs. 4)

Abstimmung zum Antrag:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Teilnahme eines Vertreters der BMA an den Aufsichtsratssitzungen (§ 11 Absatz 5)

Abstimmung zum Antrag:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) gründet ein Mehrspartenhaus in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000,00 Euro unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in das die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle/Staatskapelle Halle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartenhauses einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.
2. Die Art und Weise der Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die Gesellschaft bleibt einem gesonderten Stadtratsbeschlusses im November 2008 vorbehalten.

Gegenstand des Stadtratsbeschlusses sollen insbesondere folgende Aspekte sein:

- Aufbauorganisation
- Personalüberleitung
- Übertragung des Anlagevermögens
- Wirtschaftsplan für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01. Januar 2009 bis zum 31. Juli 2009 und für den Mittelfristzeitraum der Jahre 2009 bis 2013
- Kenndaten zur Angebotsstruktur der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

Die temporäre Arbeitsgruppe begleitet den Prozess weiter.

3. Die Gesellschaft ist mitbestimmt im Sinne des Gesetzes über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.
4. Zum Geschäftsführer der Gesellschaft wird Herr Rolf Stiska bis zum 31. Dezember 2010 bestellt.
5. Der Aufsichtsrat besteht aus der Oberbürgermeisterin und weiteren 8 Mitgliedern, 3 Mitglieder davon werden über die Arbeitnehmerseite bestimmt.
6. Die Oberbürgermeisterin vertritt die Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung.
7. Für die Gründungsphase vom 25. Juni 2008 bis zum 31. Dezember 2008 wird der aus der *Anlage 1/1 bis 1/5* ersichtliche Wirtschaftsplan mit den Teilplänen
 - Gewinn- und Verlustrechnung
 - Bilanz
 - Kapitalflussrechnung
 - Investitionen
 - Personal

beschlossen.

8. Die in der Vorlage dargestellten Kosten für den städtischen Haushalt werden außerplanmäßig für das Haushaltsjahr 2008 auf der Grundlage der angegebenen Deckungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.
9. Der Gesellschaftsvertrag der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der aus der *Anlage 2* ersichtlichen Fassung beschlossen.
10. Beschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung sind dem Hauptausschuss bekanntzugeben.

Hinweis:

Der Beschluss wurde unter der Voraussetzung der Modifizierung des Inhalts der Vorlage bezüglich

- der Vertreter der Gesellschafterin - die Stadträte sind auch Vertreter der Gesellschafterin - Einfügung des Wortes und (§ 9 Absatz 1);
- Prüfungsberechtigung auch für den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt (§ 14 Absatz 4)
- sowie der Teilnahme eines Vertreters der BMA an den Aufsichtsratssitzungen (§ 11 Absatz 5)

gefasst.

zu 5.11 zurückgezogen

**zu 5.12 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2006/07 Kulturinsel Halle
Vorlage: IV/2008/07225**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Marquardt, Herr Lork und Frau Dr. Richter.

Auf Nachfrage wurde durch die verwaltungsseitigen Vertreter erläutert, dass die Forderungen der BMA umgesetzt werden.

Bezüglich der Aufwendungen für die Altersteilzeit werden spielzeitkonkrete Aufstellungen und Abrechnungen erarbeitet. Ab dem Jahr 2009 müssen lt. EU-Richtlinie Pensionsrückstellungen gebildet werden. Zur negativen Entwicklung, die auf Seite 20 im Mehrjahresvergleich erkennbar sei, wurde ausgeführt, dass der Prozess ständig beobachtet werde. Die Probleme mit der Schließung des großen Saales seien erkennbar. Der Quartalsbericht ist als Anlage dem Protokoll des letzten Theaterausschusses beigefügt. Die Einnahmen aus Gastspielbeiträgen sinken, weil weniger Gastspiele gegeben wurden. Personalkostensenkungen ziehen Einnahmesenkungen nach sich. Es wird jedoch wieder eine steigende Tendenz erwartet.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Bericht über die Prüfung der vorgelegten Jahresabschlussunterlagen des Wirtschaftsjahres 2006/07 im Eigenbetrieb Kulturinsel zur Kenntnis und beschließt, die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2006/07 zu entlasten.

Der für das Wirtschaftsjahr 2006/07 ausgewiesene Jahresverlust in Höhe von 854.686,34 € wird in Höhe der Abschreibungen auf die Gebäude und bauliche Anlagen von 450.602,00 € und in Höhe von 170.564,34 € anteilig für die Abschreibungen auf das bewegliche Anlagevermögen durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen. Der Restbetrag in Höhe von 233.520,00 € für die Rückstellungen aus Altersteilzeit wird aus dem Haushalt des Aufgabenträgers jahresbezogen ausgeglichen.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3311.715.000 233.520,00 € (nachrichtlich)

**zu 5.13 Wirtschaftsplan 2008/2009 für den Zeitraum vom 01.08.2008 bis zum
31.07.2009 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2008/07228**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Schramm, Herr Dr. Marquardt, Herr Lork, Herr Geier und Frau Dr. Richter.

Herr Dr. Marquardt sagte zu, dass die Empfehlung der BMA umgesetzt wird. Frau Dr. Richter führte aus, dass der Wirtschaftsplan für die Spielzeit geplant wurde, um diese abzusichern. Die Überführung in die Kultur GmbH werde noch konkret geregelt. Herr Geier betonte, dass der Mehraufwand durch die Tarifierhöhungen durch die Einrichtungen abzufedern sei. Auch die Termine für das Auslaufen der Haustarifverträge seien bekannt und die Budgetverantwortung müsse durch die entsprechenden Bereiche wahrgenommen werden. Die Beträge für die Aufwendungen der Altersteilzeit werden durch die Stadt in Teilbeträgen, bezogen auf die Jahresscheiben, übernommen. Diese seien extra ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008 / 2009 für die Kulturinsel laut Anlage 1.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3311.715.000 6.305.000,00 € (Ausgaben Kulturinsel)
VermHH : 2.3311.985.000 ...286.000,00 € (Ausgaben Kulturinsel)

zu 5.14 Eckwerte für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: IV/2008/07283

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Frau Weiß, Frau Wolff, Herr Dr. Schmidt, Herr Misch, Frau Haupt Herr Geier, Herr Dr. Pohlack, Herr Dr. Marquardt, Frau Gruß, Frau Hock.

Herr Geier führte in die Vorlage ein. Basis dieses Eckwertebeschlusses sei die Finanzplanung des Jahres 2008 für das Haushaltsjahr 2009. Einnahmeseitig seien verstärkte Aktivitäten notwendig. Er erläuterte die Vorlage ausführlich und wies auf einzelne Punkte besonders hin. Ziel der Verwaltung sei es, im Jahr 1012 den Ausgleich des strukturellen Defizits erreicht zu haben.

Einige Mitglieder kritisierten, dass Frau Oberbürgermeisterin nicht anwesend sei. Herr Geier betonte, dass er und seine Kollegen die Verwaltung vertreten. Auf Nachfrage wurde unter anderem erläutert, dass das bessere Jahresergebnis aus 2007 nur für das 2009 verarbeitet wurde, da es nicht strukturell wirke. Einmaleffekte können nicht in voller Höhe strukturell verarbeitet werden, sie mindern z. B. bei der Zinshilfe „nur“ die Zinsen für die Kassenkredite. Es wurde bestätigt, dass es wichtig sei, Vorsorge zu treffen, und ständig neue strukturelle Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sondiert werden müssen.

Von den Mitgliedern des Ausschusses wurde die stringente Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in Frage gestellt. Bezüglich der Darstellung der Vorlage wurde Missfallen geäußert. Gegenüber dem Jahr 2008 sei es eine Verschlechterung. Es wurde darauf hingewiesen, dass es bei einem Haushaltsvolumen von 600 Mio. € immer Chancen und Risiken gebe.

Die Verwaltung bestätigte, dass die Grundsteuererlasse eingeplant wurden. Zurzeit werde jedoch noch das Ergebnis der Intervention des SGSA sowie des Deutschen Städtetages abgewartet. Herr Geier führte aus, dass es besonders ein ostdeutsches Problem sei, dessen sich der Deutsche Städtetag annehme. Dieser sei in Gesprächen mit der Bundesregierung, um zu erreichen, dass eine mehrjährige Betrachtung angestellt werde. Bei einer neuen Entscheidung führe dies evtl. zu einer finanziellen Verbesserung für die Stadt. Eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes sei zurzeit nicht in Sicht. Die Kompensation der avisierten Mittel erfolgte in den Jahren 2007 und 2008 aus dem Ausgleichsstock. Laut Weisung des Landesverwaltungsamtes mussten sich die Kommunen bei der Haushaltsplanaufstellung strikt an die Orientierungsdaten des Landes halten. Bezüglich der Maßnahme für die Bäder wurde ausgeführt, dass dieser Haushaltskonsolidierungsbeitrag über eine Ausschreibung erreicht werden soll. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Einige Mitglieder fragten nach den angemeldeten Summen der einzelnen Dezernate. Herr Dr. Pohlack betonte, dass das Prinzip auch diskussionsmäßig nicht durchbrochen werde, dass es sich um eine Vorlage der gesamten Verwaltung handle. Die Schere zwischen Bedarf und Deckungsmöglichkeit sei in allen Bereichen der Verwaltung weit geöffnet.

Bezüglich der Nachfrage zur Investitionsprioritätenliste wurde darauf hingewiesen, dass diese durch den aktuellen Haushalt bis zum Jahr 2012 festgeschrieben sei. Sie werde mit dem ausführlichen Haushaltsplan vorgelegt.

Von den Finanzausschussmitgliedern wurde betont, dass auch im Bereich der Pflichtaufgaben zum Teil große Ermessensspielräume in der Ausgestaltung bestehen.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. Juli 2008 - öffentlicher Teil

Standardveränderungen in der Kernverwaltung hätten sowohl Personalüberhänge als auch ggf. Serviceeinbußen für die Bevölkerung zur Folge.

Bezüglich des Berichtes zum Erfüllungsstand des Abbaukonzeptes der Altdefizite verwies Herr Geier auf den Bericht an das Landesverwaltungsamt (in der kommenden Sitzung auf der Tagesordnung). Die Mitglieder wiesen darauf hin, dass in der Haushaltsgenehmigung 2008 festgelegt wurde, dass der Punkt 7 bis zum 30.09.2008 untersetzt und die Maßnahme genau definiert sein solle.

Da der Haushaltsplan auch ohne Eckwertbeschluss von der Verwaltung vorgelegt werden muss, äußerten sich einige Mitglieder dahingehend, dass der Beschluss der Eckwerte aufgrund des fehlenden Ausgleiches zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht sinnvoll sei.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Verwaltungshaushalt

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2009 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Um den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einzuhalten, soll der derzeit dargestellte Fehlbedarf um 3,0 Mio. Euro reduziert werden.

Die Verwaltung soll dem Rat diesbezüglich Vorschläge unterbreiten, die insbesondere aus dem Wegfall von freiwilligen Leistungen (Anlage 1) resultieren.

Der Entwurf wird sich an den strategischen Zielen orientieren.

2. Vermögenshaushalt

Das Haushaltsjahr 2009 soll ohne eine Neuaufnahme von Krediten geplant werden.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor und mündliche wurden nicht gestellt.

zu 7 Mitteilungen

Erfüllungsstand Verwaltungshaushalt per 31.05.2008

Die Zuarbeit wurde zur Kenntnis genommen. Eventuelle Fragen wurden auf die Sitzung am 19. August 2008 vertagt.

Wirkung der Personalkostensteigerungen

Siehe Festlegung oben.

zu 8 Anfragen von Stadträten

EVH-Anteile

Frau Wolff fragte nach dem Stand der Beantwortung der nachgereichten Fragen zur Thematik der EVH-Anteile.

Herr Geier informierte, dass die Beantwortung auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen werde.

Energiebericht

Auf die Frage von Herrn Weiland bezüglich des Energieberichtes führte Herr Geier aus, dass dieser aufgrund von Prüfaufträgen des Eigenbetriebsausschusses ZGM inhaltlich überarbeitet werden müsse. Im Oktober steht der überarbeitete Bericht im EBA voraussichtlich auf der Tagesordnung.

Mitarbeiterparken

Herr Dr. Pohlack erläuterte auf Nachfrage von Herrn Weiland, dass die Fahrradparkplätze in der Tiefgarage Hansering auf regulären Autoparkplätzen eingerichtet sind. Er kündigte an, diese für Fahrräder zu teilen und auch die Kosten für diese zu teilen und/oder neue Plätze auf der Grünfläche bei der Fahne zu errichten.

Jahresrechnung 2007

Herr Wolter bat, ihm die Jahresrechnung in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Isa Weiß
stellvertretende Vorsitzende
des Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollantin
Controllerin